



der Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

vom 08. Februar 2012 in Idar-Oberstein

Liebe Bürgerinnen und Bürger, ich möchte sie zuerst begrüßen und Dank sagen für Ihr Interesse an diesen Beratungen.

Stellvertretend für den gesamten Stadtvorstand und dessen MitarbeiterInnen möchte ich Herrn Oberbürgermeister Bruno Zimmer begrüßen.

Neben ihnen, sehr geehrte RatskollegInnen und Kollegen, darf ich die örtlichen Presse und Radio Idar-Oberstein, sowie Radio RPR herzlich willkommen heißen!

Sehr geehrte Damen und Herren:

Gerne möchte ich direkt ins Thema einsteigen.

Der vorliegende Haushaltsplan 2012 setzt den Negativtrend fort, der bereits vor vielen Jahren unter Beteiligung der beiden großen Volksparteien begonnen wurde! Volkspartei, so nennen sich die Christ- und Sozialdemokraten ja besonders gerne. Vielleicht rührt dieser Name daher, dass sie seit vielen Jahren verantwortungslos und ohne Rücksicht auf nachhaltiges Wirtschaften das Einkommen des Volkes verjubeln. Sei es durch Gutach-

ten, deren Lösungsansätze keiner umsetzt oder sind es Bürgerbegehren bzw. Bürgerwillen die man nicht bereit ist anzunehmen und umzusetzen, auch wenn man dadurch finanzielle Mittel sparen und anderweitig sinnvoller einsetzen könnte.

Wo wir finanziell wirklich stehen, wissen wir gar nicht. In der Aufarbeitung der Finanzen hängen wir Jahre hinterher, sodass im Rahmen des doppelten Haushaltes bisher keine Eröffnungsbilanz erstellt werden konnte.

Dass wir uns aber im negativen Bereich bewegen ist klar. Und es ist auch eher unwahrscheinlich, dass irgendwo, wie unlängst bei einer großen Bank, noch eine halbe Milliarde Euro auftaucht, die man vergessen hat.

Trotzdem scheint man bei Maßnahmen zur Konsolidierung viel Zeit zu haben.

So werden dringend notwendige Projekte jahrelang durch die Gremien hin- und hergeschoben, in den großen und mächtigen Fraktionen dieser Stadt bedeutungsvoll diskutiert, um dann aber am Ende nur warme Luft zu produzieren!

Gute Vorschläge werden nur dann akzeptiert, wenn sie selber glauben das diese aus ihren eigenen Reihen kommen oder wenn sie von den kleinen Fraktionen klammheimlich nach ein paar Jahren übernommen und dann als eigene Idee verkauft werden können! Dies haben wir in den letzten Jahren mehrfach erleben dürfen.

Wir sagen uns dann : „OK, wenn es der Sache dient, dann soll uns das Recht sein, denn uns geht es um das Wohl der Stadt und da zählt die Idee und nicht die Ideologie und wir sagen: „besser spät als nie!“

Den Bürgerinnen und Bürgern geht diese Verhalten jedoch immer häufiger auf den Zeiger und sie äußern ihren Unmut: „Ich gehe nicht mehr wählen, die machen doch eh was sie wollen oder brauchen eine Ewigkeit!“

Und wissen Sie was, nach so mancher Sitzung, **die ich als konkrete Freizeitberaubung bezeichnen darf**, verstehe ich die NichtwählerInnen!

Nehmen wir als Paradebeispiel das vor wenigen Wochen Erlebte bei der Zustimmung zum Kommunalen Entschuldungsfond (KEF).

Erstmals **am 06. Oktober 2010** im Hauptausschuss behandelt und vorgestellt.

Am **08. Juni 2011** im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde der kommunale Entschuldungsfond wiederholt thematisiert, um ihn dann als un-
ausweichliche Hilfsmaßnahme am **07. Dezember 2011** als Vertrag zu beschließen. Nach über einem Jahr Beratungszeit fällt dann der zweitgröß-

ten Fraktion, der angeblichen Fraktion der Wirtschaft, ein, es gäbe noch Beratungsbedarf und man sollte das ganze nochmals vertagen.

32 Seiten Erläuterungen, für das Wie? Warum? und Weshalb? und 4 Seiten Vertrag um den es letztendlich ging. Also letztendlich 14 Monate Zeit um 36 Seiten zu lesen, zu verstehen und dann zu verabschieden. Das sollte doch zu schaffen sein! Wie erklärt man solche Verzögerungen denjenigen, die für die fast 8 Millionen neue und für 35 Millionen Finanzmittelfehlbeträge, sprich Schulden, aus den drei vorangegangenen Jahren aufkommen sollen, nämlich den Bürgern und Bürgerinnen.

Aber ist der Kommunale Entschuldungsfond nun ein Fluch oder ein Segen für die Kommunen?

Ziel des KEF ist die Erhaltung der politischen Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund ständig steigender Liquiditätskredite und somit die Chance einer 2/3 Entschuldung der Kommune und die Zurückführung eigener Kassenkredite über die Laufzeit von 15 Jahren als Eigenanteil.

Fluch oder Segen? Nach unserer Auffassung beides!

Kaum eine Kommune kann es sich leisten, nicht dabei zu sein. Geht es immerhin um 2/3 Schuldenübernahme durch das Land. Sogar die 1/3 Eigen-

leistung schlägt noch hart ins Kontor, ist man als Kommune für die Überschuldung doch nur zum Teil verantwortlich.

Die eigentliche Ursache ist die nicht auskömmliche Finanzierung von Aufgaben aus Berlin und Mainz. Ein grundsätzliches Finanzproblem seit Jahren.

Zum einen werden beim KEF in den Kommunen Einnahmepotentiale gesteigert, die mit diversen Erhöhungen der Steuern verbunden sind.

In Idar-Oberstein sind dies bereits sehr heftige Steigerungen, wie z.B.: bei der Hundesteuer, der Vergnügungssteuer- der Hauptanteil liegt aber in der Anhebung der Grundsteuer A und B, die auf Vorschlag der CDU von 20 auf 40 Punkte verdoppelt wurde und somit 414.000 EUR zum Konsolidierungsanteil beiträgt. Bedenken muss man allerdings, dass die Grundsteuer voll auf die Mieten umgeschlagen werden darf, schlussendlich zahlt die Rechnung wohl auch hier wieder der kleine Mann bzw. Frau!

Zum anderen müssen Einsparungen vorgenommen werden, die an die Substanz einer Kommune gehen. Dahinter steht die Frage, was können bzw. was wollen wir uns noch leisten? Wir als Räte müssen zukünftig verstärkt unsere Standards überprüfen, Sie evtl. absenken, um die gesteckten Sparziele zu erreichen! Oder streichen wir gleich die eine oder andere

Leistung? Jedes Ratsmitglied muss dies für sich entscheiden, was er den Bürgerinnen und Bürgern zumuten möchte, kann oder muss!

Die Verträge mit der ADD reichen allerdings nicht aus, um eine Entschuldung zu erreichen. Zu viele Millionen Miese haben sich angesammelt. Deshalb ist ein paralleles Konsolidierungsprogramm ebenso wichtig zu vereinbaren. Organisationsüberprüfungen innerhalb der Verwaltungen, Prüfung von Standards in vielen Bereichen (z.B. der Grünpflege, der Friedhöfe, der Veranstaltungshallen) und der Blick auf das Personal in der Verwaltung sind angesagt.

Der Konsolidierungsausschuss als Steuerungs-oder Lenkungsgruppe aus den Fraktionen und der Verwaltung muss diesen Prozess weiterhin ernsthaft begleiten, um auch an strukturellen Fragen in den Kommunen zu arbeiten und Änderungen herbeiführen. Das Verschmelzen mit dem Hauptausschuss und Konsolidierungsausschuss ist hier kontraproduktiv und macht das zielorientierte Arbeiten in einer solchen Gruppe langsamer und schwerfälliger.

Gerade in Hinsicht einer schrumpfenden Bevölkerungszahl müssen die hauptamtlichen Wahlbeamten schleunigst auf den Prüfstand bevor die nächsten Wahlen im Jahr 2014 für 2015 vor der Tür stehen!

Eine weitere Aufgabe muss es sein, wie man grundlegend die Aufgaben einer Kommune finanziert.

Es stellt sich die Frage bei den sozialen Pflichtaufgaben, ob eine Kommune z.B. an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt werden muss. Handelt es sich doch hier um eine bundesgesetzliche Regelung. So gibt es noch mehr Beispiele, wie die Kommunen unterschiedlich belastet werden und langfristig, bei steigenden sozialen Kosten, ganz schnell wieder Schuldenberge anhäufen werden.

Herr Oberbürgermeister! sie haben ja bereits 2011 das Bergfest oder Gipfelfest ihrer Amtsperiode feiern können, allerdings wurde es keinem so recht klar auf welchem Gipfel es stattgefunden hat. Statt mit Hilfe einer guten Entwicklung in Bildung und Wirtschaft ein Gipfelfest auszurichten, würde ich es eher so interpretieren, dass Sie den Gipfel, der Gereiztheit, der Dünnhäutigkeit und der blanken Nerven erklommen haben.

Während Sie mich als Fraktionsvorsitzenden im Jahr 2009 wegen meiner Visionen zum Arzt schicken wollten, taten Sie das dann auch noch öffentlich mit unserer GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Tabea Rößner anlässlich der Ausstellungseröffnung „25 Jahre Naheüberbauung“ und dies nur, weil sie die Naheüberbauung als Baussünde benannte und zu einer

inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Stadt Idar-Oberstein, wie sie in den letzten Jahrzehnten gelaufen ist, aufforderte.

Es kommt nicht nur für uns GRÜNE so rüber, das Menschen, die Fantasie und Ideen haben und auch mal quer denken, - in dieser Stadt nicht gefragt sind. Offensichtlich stören diese Visionäre, weil dann das bequeme **„business as usual“** oder das **„wir machen so weiter wie gehabt!“** empfindlich gestört wird.

Sie, Herr Oberbürgermeister, kanzelten nun mehrfach mit dem Zitat von Helmut Schmidt: **„Wer Visionen hat sollte zu Arzt gehen!“** kritische Meinungen ab und versuchten sich so einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu entledigen.

Dabei wurde das Zitat von Ihnen bisher immer aus dem ursprünglichen Kontext herausgerissen. Oder wie erklärt sich in diesem Zusammenhang der Aufruf ihres Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel, also dem Bundesvorsitzenden der SPD, als er auf dem letzten Bundesparteitag im letzten

Herbst gerufen hat: **„Wer Visionen hat sollte zu uns kommen!“**

Da scheint irgendwas an der Basis nicht angekommen zu sein.

Warum also ihre Gereiztheit Herr Oberbürgermeister?

Sicherlich ist es nicht einfach die verschiedenen Projekte, die auf Grund gelaufen sind, zu vertreten und den Bürgerinnen und Bürgern nun reinen Wein einzuschenken.

Dass das Kombibad nicht zu bezahlen ist, ist offensichtlich, aber was uns das Abenteuer Kombibad bereits gekostet hat, wurde bisher, trotz Zusage, dass dies mitgeteilt wird, verschwiegen. Es wird aber ein hübsches Sümmchen für Rechtberatung, ÖPP-Verfahren und Planungsaufträge zusammen gekommen sein. Zusätzlich kommen in unserer „Bäderlandschaft“ natürlich die Kosten für das Naturbad-Desaster. Wir hoffen dass wenigstens diese Geschichte im Sommer ein „Happy-end“ hat.

Ob es ein „Happy-end“ mit der Messehalle gibt: Großes Fragzeichen? Kann es sein, dass der OB hier das nächste Unheil heraufziehen sieht, und deshalb so dünnhäutig geworden ist.

Aber es ist nun mal so, dass bei diesem finanziellen Abenteuer, in das man sich wider besseren Wissen gestürzt hat, zum Erfolg verdammt ist. Wir wollen Alle nicht hoffen, daß wir hier einen Nürburgring im Kleinen erleben werden.

Wie aber soll unter diesen Vorzeichen die Zukunft gestaltet werden? Wo liegen die Chancen? Nun ich möchte an drei Beispielen aufzeigen, dass die Chancen zwar gegeben sind, aber leider oft mangels Weitblick verspielt werden.

Erstens: Energiegewinnung mit der Betonung auf Gewinn:

In der existenziellen Frage der Energiegewinnung steht unsere Stadt auf der Bremse, nein man könnte fast sagen sie rollt sogar rückwärts. Gewinnungskonzepte werden in den benachbarten Verbandsgemeinden munter umgesetzt, nur in Idar-Oberstein wird diskutiert, vertagt, verpennt! Das Geld, was man hier schon hätte erwirtschaften können, hätte zum Beispiel schon sinnvolle und dringend notwendige Projekte der Jugend- oder Sozialarbeit finanzieren können.

Die Verwaltung selbst liefert keine Ideen und Konzepte, sondern lässt sich diese - als Aufsichtsrat haben sie da ja eine gewisse, vielleicht sogar innere Verpflichtung - von unseren Atomstromern vor Ort erarbeiten.

Dank der Vernunft des Rates war diese Diskussion allerdings recht bald vom Tisch!

Ob es jetzt bald mal einen Vorschlag ihrerseits für einen Eigenbetrieb geben wird? Warten wir es ab! Wie so vieles in den letzten vier Jahren.

Zweitens:

In der zweiten Runde des Anhörverfahrens zur Ausweisung von Vorranggebieten bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsplans, erkennt man die Chance nicht, die sich für die Stadt mit 162 ha Windkraftvorranggebiet ergeben, sondern man trägt Bedenken vor, damit nur ja das Militär

bei der schleichenden Umnutzung des Truppenübungsplatzes in einen Bombenabwurfplatz nicht behindert wird.

Keine Region in Deutschland möchte ein Bombodrom.

Zu groß sind die negativen Auswirkungen.

Man verbaut sich damit fast alle Chancen zu Alternativen als Wirtschaftsstandort.

Hinter den Absperrzäunen bieten die Standorte Straßburgkaserne, Klotzberg- und Rilchenbergkaserne sowie Baumholder nicht nur für die Bundeswehr und US-Streitkräfte viele Standortvorteile mit seiner hoch entwickelten Gebäude-Infrastruktur, sondern hätte auch für unsere hiesige Bevölkerung jenseits des Zaunes neben Krankenstation, Schule, Kindergarten, Sport- und Freizeitmöglichkeiten jede Menge Potentiale durch entsprechende Umnutzung das Potential als innovativer Wirtschaftsstandort zu dienen.

Stattdessen wird trotz stetiger, rückläufiger Militärpräsenz weiterhin auf Ansiedlung von Windkraftanlagen verzichtet und grundsätzlich die Entstehung von regenerativen Energiegewinnungsfeldern massiv verhindert. Dies, obwohl Energiewende und Klimaschutz dringend benötigt wird.

Vor allem jedoch um Einkommen und neue Jobs zu generieren.

Auch das Pflänzchen „Tourismus“ erfordert eine langfristige Neuausrichtung, daher sollte man den Bereich der vorgenannten Flächen als Ergänzung eines Nationalparkes Hunsrück nicht aus den Augen verlieren. Vielleicht sind wir schon näher am Ziel als Sie es alle glauben möchten.

Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass mittelfristig die Garnisonsstadt Idar-Oberstein keine Soldaten mehr haben könnte. Ich sage bewusst „keine mehr haben könnte“!

Drittens:

Die Stadt muss sämtliche Maßnahmen ergreifen, die zur Attraktivierung der Stadt beitragen könnten. Keine Idee, die umsetzbar erscheint, sollte von vornherein todgeredet werden. Unter dem Damoklesschwert ständig sinkender Einwohnerzahlen können wir uns vergebene Chancen und weitere Abwanderungen, die auch eine Folge mangelnder Angebote sind, nicht mehr leisten. Genau zu diesem Thema tagt zu dieser Stunde in Birkenfeld der Workshop „Haltestrategien für junge Menschen“ des Mitmach-Prozesses des Landkreises. Dem Protokoll des letzten Workshops kann man entnehmen, was Jugendliche in Stadt und Kreis vermissen. Unteren anderem wurde genannt: Bessere Ausgahmöglichkeiten, mehr und bessere Treffpunkte für Jugendliche, ein Kino, Schwimmbad und ein Jugend-

oder Freizeitzentrum mit Niveau. Also nichts Abstruses und Unmögliches aus Wolkenkuckucksheim, oder? Ein gelungenes Angebot, wie die Skaterhalle auf der Hohl muss unter diesen Gesichtspunkten erhalten bleiben, auch wenn dies bedeutet, dass wir Geld in die Hand nehmen müssen! Und wieso wagen wir nicht den Versuch einen Vorschlag aus unseren Reihen zu erproben, nämlich ein Projekt-Kino in den heiligen Hallen des Stadttheaters einzurichten? Wenn wir dadurch längerfristig nur eine handvoll junger Menschen vor der Abwanderung bewahren, sind die befürchteten Popcorn-Krümmel und Cola-Flecken als Peanuts zu bezeichnen!

Wie schauen wir nun in das begonnene Jahr 2012 ?

Vieles, was auch schon 2011, 2010, 2009 und so weiter in unseren Haushaltreden thematisiert war, müssten wir hier nochmals wiederholen. Demografischer Wandel, Finanznot, Strukturschwäche, das Ausbluten der Region, das sind Rahmenbedingungen die das politische Handeln nicht einfacher machen. Wir werden weiterhin den Finger in manche Wunde legen, auch wenn das weh tut. Nicht zu resignieren und den Willen zur Mitarbeit, auch für diesen Stadtrat, zu behalten, das sehen wir als Herausforderung unserer Zeit an. Der Erhalt unserer Demokratie ist es wert und Demokratie fängt hier an der Basis an.

Abschließend möchte ich mich mit einem Appell an den Stadtvorstand und diesen Rat wenden: „Lassen sie uns ernsthaft parteiübergreifend für unsere Stadt stärker besser zusammen arbeiten !

Wir sitzen alle im selben Boot und wollen in dieselbe Richtung und haben keine Zeit mehr zu verlieren! Denn nur so kann unsere schöne Stadt, unser Landkreis Birkenfeld eine Zukunft haben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!